

Bezugspreis:

Wöchentlich 21. - 21. monatlich 7. - 21.
für ein Jahr 63. - 63.
für ein Vierteljahr 15. - 15.
für ein Monat 4. - 4.

Der "Vorwärts" mit der Sonntags-
beilage "Volk u. Welt" erscheint wochen-
täglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:
"Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 200 H. - 200 H.
"Kleine Anzeigen" das
zweite Wort 75 H. - 75 H.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 20. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ententewarnung vor Putsch.

Angeichts der jüngst umlaufenden Gerüchte über die
Möglichkeit eines neuen militärischen Staats-
streiches haben die Regierungen von Belgien,
Frankreich, Großbritannien und Italien,
die gegen jeden antidemokratischen Anschlag sind, ihre
Geschäftsträger ermächtigt, dem deutschen Minister des Auswärtigen
zu erklären, daß diese Regierungen eine deutsche Regierung,
die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag
loyal durchzuführen, in keiner Weise billigen könnten.

daß dann das oberschlesische Volk ohne parlamen-
tarische Vertretung sein würde. Der General versprach,
sich von den Parteivorschänden weiter beraten zu lassen.
Zum Schluß wurde die Beamtenfrage besprochen. Der
General vertrat den Standpunkt, daß die Beamten den Weisungen der
Kommission zu folgen hätten, und mißbilligte den
Zustigbeamtenstreik.

Das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien.

Reichstagswahlbeteiligung abgelehnt!
In einer Besprechung zwischen General Le Rond
und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General,
daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Ober-
schlesien unannehmbar sei, während die Wahlen zum Reichs-
tage vom hohen Rat in Paris abgelehnt wären.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 19. April. Der Oberste Rat der Fried-
enskonferenz beschloß heute vormittag, die Delegation der
türkischen Regierung auf den 10. Mai zur Entgegen-
nahme des Vertragstextes zu berufen. Heute nachmittag prüfte der
Rat den Entwurf einer Antwortnote auf die Note des Präsidenten
Wilson in der türkischen Frage. Dann schritt er zur Prüfung
der finanziellen Klauseln des Friedensvertrages, um schließlich
noch über die kurdische Frage zu verhandeln.

Paris, 19. April. Der Sonderberichterstatter der "Daily
Mail" meldet aus San Remo, Marshall Koch habe einen Bericht
ausgearbeitet, nach dem eine Armee von 300000 Mann
notwendig sei, um über die Ausführung des türkischen Friedens-
vertrages zu wachen.

Verhandlungen über Kapp!

Kopenhagen, 20. April. Die "Berlingske Tidende" mel-
det aus Stockholm: Dr. Kapp wird vorläufig in Belgien ge-
wahrhaftig gehalten. Wie das "Svenska Dagbladet" erfährt, ist
es nicht ausgeschlossen, daß zwischen der schwedischen und der deut-
schen Regierung ein Meinungsaustrausch stattfinden wird über die
Möglichkeit einer Auslieferung Kapps.

Mehrheitler, Unabhängige und Wahlkampf.

Der verstorbene Staatskatholik Karl Jentsch, ein
Schriftsteller, den auch der politische Gegner gern las, hat in
seiner, 1892 erschienenen Schrift "Geschichtsphilosophische Ge-
danken" zwei Kapitel, die sich mit dem Verhältnis der zwei
großen christlichen Konfessionen zu einander befassen. Das
eine gilt der Frage "Ist eine Wiedervereinigung zu er-
streben?", das andere legt dar "wie die Konfessionen ein-
ander brauchen". Aus dem Titel dieses letzteren Kapitels
erliest man schon, daß der Verfasser die im ersten Kapitel
gestellte Frage verneinend beantwortet. Nach ihm entspricht
jede der beiden Konfessionen mit ihrem Kultus besonderen
seelischen Bedürfnissen und sozialen Wohnheiten, die bei
bestimmten Völkern oder Volksteilen überwiegen, so daß alle
Versuche, die Konfessionen zu verschmelzen in niemand be-
friedigende Zwitwilerbildungen ausmünden und daher not-
wendig fehlschlagen würden. Zu erstreben sei nur ein fried-
liches Nachbarverhältnis, bei dem die beiden Konfessionen
einander wohlwollig betrachten können.

Manche Erscheinungen im derzeitigen Entwickelungs-
zustand der Sozialdemokratie legen eine ähnliche
Fragestellung nahe. Es wird wohl kaum einen Sozialdemo-
kraten geben, der nicht wünschte, daß die sozialistische Arbeiter-
bewegung wieder durch eine große, im Kampf geschlossen
vorgehende politische Partei vertreten wäre. Aber unter den-
jenigen Sozialdemokraten, die im gegenwärtigen Fraktions-
kampf aus tieferen, grundsätzlichen Erwägungen heraus
Stellung genommen haben, wird es doch kaum einen geben,
der nicht nur eine solche Verschmelzung für erstrebenswert
hält, bei der diejenigen politischen Gesichtspunkte, die seine
Stellungnahme bestimmen, keine Preisgabe oder gar
Verpönnung erleiden. Und da es solcher Sozialdemokraten in
beiden Lagern eine ansehnliche Zahl gibt, ist die Frage der
Wiedervereinigung keine so einfache Sache, als wie mancher
sie sich vorstellt. Denn es sind ja nicht bloße Personenfragen
oder Streiterei um Formalitäten, welche die sozialistischen
Fraktionen heute getrennt halten. Zwischen ihnen schweben
Fragen des politischen Verhaltens und der sozialistischen
Rolle, die für die ganze politische und wirtschaftliche Ent-
wicklung Deutschlands von großer Tragweite sind, wenn man
sich klar darüber werden will, ob und unter welchen Be-
dingungen eine Wiedervereinigung möglich und erstrebens-
wert ist oder ob wir uns mit der Erzielung des Abstellens
der Feindseligkeiten und Geschäftigkeiten werden zu begnügen
haben, dann muß man zunächst untersuchen, wie tief und
von welcher grundsätzlichen Bedeutung die sachlichen Gegen-
sätze sind, welche die sozialistischen Fraktionen trennen und
was gegebenenfalls die eine oder die andere Richtung preis-
zugeben hätte, wenn eine Verschmelzung möglich und
wünschenswert sein soll.

Die Erörterung dieser Frage ist heute keine Sache bloßer
Liebhaberei oder frommen Wollens. Sie wird im Wahl-
kampf, an dessen Eröffnung wir stehen, zu einem unab-
wendbaren Gebot der politischen Praxis. Die sozialistischen
Massen müssen wissen, was sachlich im sozialistischen Fraktions-
kampf auf dem Spiele steht. Sie müssen, falls ein Zu-
sammengehen der Fraktionen im Kampf nicht zu erzielen ist,
darüber im Klaren sein, was sie vom Sieg der einen oder
der anderen Richtung zu erwarten haben. Manches ist dar-
über schon geschrieben und gesagt worden. Aber das meiste
davon bewegt sich noch zu sehr im Abstrakten, im Unbestimm-
ten. Jetzt aber stehen wir vor Entscheidungen, welche für
das Schicksal unseres Volkes von verhängnisvoller Rückwirkung
sein können, und da heißt es, sich die Dinge in größtmög-
lichster Greifbarkeit vor Augen zu führen.

In der Voraussetzung, daß dies den Lesern des "Vor-
wärts" erwünscht sein wird, gedanke ich dieser Aufgabe einige
in freier Folge zu veröffentlichende Artikel zu widmen. Als
Einleitung mag ein Stück aus einem Artikel dienen, den ich
im Februar dieses Jahres für die große Londoner sozial-
politische Wochenschrift "The New Statesman" schrieb und
der in deren Nummer vom 13. März erschienen ist. Er war
dadurch veranlaßt, daß in einer größeren sozialpolitischen
Blätter des Auslandes die deutsche Mehrheitssozialdemo-
kratie für die Vorgänge in Berlin vom 13. Januar dieses
Jahres und die darauf folgenden Maßnahmen der Re-
gierung verantwortlich gemacht und von neuem das
Gefahren erhoben worden war, mit einer solchen Partei dürfe
die sozialistische Internationale nichts zu tun haben. Im
Eingang kennzeichnete ich das zweierlei Maß, welches diese
Blätter den Handlungen der russischen Bolschewisten und der
deutschen Mehrheitssozialisten gegenüber anlegen. Während
sie die grausamsten Maßnahmen der ersteren entweder still-
schweigend hingehen ließen oder mit den lahmsten Entschuldigungen
verteidigten, beschimpften und brandmarkten sie die
deutschen Mehrheitssozialisten für alles mögliche, was sie tun,
auch wenn es in der berechtigten Verteidigung einer großen
Sache geschieht. Einige scheinen sie sogar für die Erzeugung

Die tschechischen Wahlen.

Prag, 19. April. Bis zum Abend waren in 146 Wahl-
kreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abge-
ordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbesetzt. Es erhielten von
den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund
der Landwirte 6, Sozialdemokraten 23, deutsch-demokra-
tische Freiheitspartei 2 und die deutsche Wahlgemeinschaft 8, ins-
gesamt 43 Stimmen. Von den tschechischen Parteien er-
hielten die Nationaldemokraten 12, Nationalsozialdemokraten 17,
Sozialdemokraten 44, Agrarier 21, Gewerbetreibende 1,
Volkspartei 14 und Mocarcel-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

ähnlichkeit der Verurteilten immer mehr verliert und daß schließ-
lich einmal ein Tag eintritt, wo diese Strafe bei der Bewertung
des Verurteilten mit Zug überdauert nicht mehr berücksich-
tigt werden kann. Deshalb schreibt der Entwurf für die große
Ratse der Verurteilten vor, daß nach Ablauf einer gewissen
Frift über die Verurteilung nur noch den Gerichten, der
Staatsanwaltschaft und der Ministerien des Reiches
und der Länder Auskunft erteilt werden darf. Nach Ablauf einer
weiteren Frift soll der Vermerk über die Verurteilung aus dem
Strafregister und den polizeilichen Listen ganz verschwinden.

Die letztere Vorschrift bedeutet eine einschneidende
Aenderung des jetzigen Rechtszustandes und eine außerordent-
liche Verbesserung der Rechtslage vorbestrafter Verurteilten.
Der Erfolg wird sein, daß eine weiter zurückliegende Verurteilung
im späteren Leben des Verurteilten kein Hemmnis mehr bilden
kann.

Voraussetzung des Eintritts der beschränkten Auskunft und der
Erlangung ist, daß innerhalb der Fristen der Verurteilte nicht er-
neut bestraft wird, doch sollen kleinere Strafen außer Betracht
bleiben.

Ausgeschlossen von diesen automatisch eintretenden Vergünsti-
gungen bleiben nur Verurteilungen zum Tode und zu Zucht-
haus. Hier soll es der Landesjustizverwaltung vorbehalten sein,
unter Würdigung der Umstände des Einzelfalles die beschränkte
Auskunft und die Erlangung durch besondere Anordnung vorzu-
zuziehen. Zugleich wird der Landesjustizverwaltung die Ermächtigung
erteilt, für die Fälle, wo an sich die automatische
Regelung May greift, die Frist abzukürzen oder sonst Ausnahmen
zugunsten des Verurteilten zu bestimmen.

Oesterreichs gefährdete Lage.

Wien, 20. April. Wie die Blätter melden, hat die jugosla-
wische Regierung den im Dezember 1919 mit Oesterreich
geschlossenen Lebensmittel- und Warenlieferungs-
vertrag gekündigt.

Wien, 20. April. In der gestrigen Abendversammlung der
Südbahnbediensteten erklärte sich der weitaus größte Teil der
Angestellten und Arbeiter zur sofortigen Wiederauf-
nahme der Arbeit bereit. In Amstetten und in St.
Wolten wurde beschlossen, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen,
so daß der gesamte Verkehr auf der Westbahnstrecke
gesichert erscheint.

Die Kapitulation von Maubeuge.

Paris, 20. April. Heute begann vor dem Kriegsgericht die
Verhandlung wegen der Kapitulation von Maubeuge
am 28. September 1914. Angeklagt sind die Brigadegenerale
Rournier und Bille, Oberst Carlier, die Majore Rag
Kin und Veroun sowie die Hauptleute Renard und Saul-
nier d'Anghard.

Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen soll, wie die "Dena"
erfährt, am 27. Juni stattfinden. Das Stimmrecht hat jede
Person, die das 20. Lebensjahr vollendet hat, im Abstimmungs-
gebiet geboren ist, ihren ständigen Wohnsitz dort hat oder sich seit
dem Jahre 1905 dort aufhält.

Die Löschung von Vorstrafen.

Man schreibt uns aus dem Reichsjustizministerium:
Die Nationalversammlung wird demnächst den Entwurf eines Ge-
setzes über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und
die Tilgung von Strafvermerken, der ihr im November
1919 zugegangen und vor kurzem von dem mit seiner Vorbe-
ratung betrauten Ausschusse mit einigen Aenderungen in Einzelheiten
einstimmig angenommen worden ist, in zweiter und dritter Lesung
behandeln.

Der Entwurf beruht auf dem Grundgedanken, daß eine Ver-
urteilung mit der Zeit an Bedeutung für die Beurteilung der Ver-

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung nahm
heute am Dienstag endgültig die Reichstagswahlvorlage
an und ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichs-
präsidenten. Beide Gesetze wurden in allen wesentlichen
Punkten einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf über
den Volksentscheid und die Vorlage über den Staats-
gerichtshof sollen nach übereinstimmender Auffassung des Aus-
schusses dem neuen Reichstage zur Erledigung vorbehalten
bleiben. Die zweite Lesung der Wahlvorlage und des Gesetzes über die
Wahl des Reichspräsidenten findet in der Nationalber-
sammlung am Donnerstag statt.

Die Arbeit der Nationalversammlung. Die Deutsche National-
versammlung, für die eine Beendigung des augenblicklich währenden
Beratungsabschnitts auf den 23. April vorgesehen war, wird bis
zu diesem Tage, wie bereits jetzt zu erkennen ist, mit ihren Ar-
beiten noch nicht fertig sein. Es ist jedoch nach Meldung der
"D. N. B." nicht ausgeschlossen, daß sie bei härterer Beschleunigung
in der Durchberatung des noch vorliegenden Beratungstoffes die
Verlängerung ihrer Tagung nicht so weit wird aus-
dehnen müssen, wie vielfach bereits angenommen worden ist.
Man rechnet jetzt damit, daß die Nationalversammlung etwa An-
fang der nächsten Woche sich wieder verlagern können. Die Galtig-
keitsdauer ihres Mandats wird sich unmittelbar bis zum Tage der
Einkerbung des neuen Reichstages, also über die Wahlen selbst
hinaus erstrecken.



von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verantwortlich zu machen, und der beflaggenwerte Zusammenstoß vom 13. Januar, bei dem 32 Personen getötet wurden, wurde völlig ihnen zur Last gelegt. Dann fährt der Artikel wie folgt fort:

„Als Mitglied dieser Partei fühle ich mich verpflichtet, gegen diese Art der Darstellung von Tatsachen Protest zu erheben. Voraussetzungen darf ich, daß ich, obwohl ein Mitglied der Partei, in meinem Urteil durchaus unabhängig bin. Ich sehe nicht im Rat ihrer Führer noch befinde ich irgendeinen Negierungsposten. — Und ich gestehe gern zu, daß die Partei mit ihrer derzeitigen Führung ernsthaft Mängel hat und daß ihre politische Haltung und Handlungsweise in verschiedener Hinsicht kritisiert zuläßt. Nichtsdestoweniger kann ich jedoch nur wiederholen, was ich im vorigen Sommer auf der Internationalen Konferenz in Luzern sagte: „Und wenn sie doppelt und dreimal soviel Fehler machte, würde ich doch keinen Augenblick zaudern, bei ihr zu stehen.“ Denn in der großen Frage, auf die es vor allem ankommt, an der das Schicksal Deutschlands als ein republikanisches Gemeinwesen hängt, ist sie im Recht und sind die Unabhängigen, von den Bolschewisten und Kommunisten ganz zu schweigen, durchaus im Unrecht.

Die soziale Struktur und wirtschaftliche Lage Deutschlands machen keine Umbildung zu einer rein sozialistischen Gemeinschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt zur Unmöglichkeit. Alle Versuche, solches sofort zu erlangen, würden mit Notwendigkeit zum Bürgerkrieg, zur Blutvergießen, anarchischen Zuständen und schließlich zur Reaktion führen. Was zurzeit allein möglich ist, ist Deutschland als demokratische Republik mit sozialistischer Reformpolitik auf festen Fuß zu stellen. Um dies durchzuführen, müssen sich alle sozialistischen und demokratischen Kräfte des Landes verbinden und soviel als möglich gemeinsam vorgehen. Und da die Wahlen zur Nationalversammlung und anderen Vertretungskörpern gezeigt haben, daß mit dem demokratischen Stimmrecht die Sozialisten keine volle Mehrheit erlangen konnten — von 30 Millionen abgegebenen Stimmen erhielten die beiden sozialistischen Parteien zusammen nur 13½ Millionen — wurde eine Koalitionsregierung zur unvermeidlichen Notwendigkeit. Die unabhängigen Sozialisten haben sich geweigert, dies anzuerkennen. Nachdem sie ihren Eintritt in eine gemeinschaftliche Regierung von Bedingungen abhängig gemacht hatten, von denen sie wußten, daß sie unannehmbar waren, haben sie in der bequemeren Haltung des außenstehenden Kritikers verharret. Damit glaubten sie sich von der Verantwortung für die Handlungen der Koalition freizubehalten. Sie haben nicht, daß sie auf diese Weise eine viel größere Verantwortung auf sich luden. Durch ihr Abseitsstehen haben sie in der Koalition das Gewicht der sozialistischen Stimmen und in der sozialistischen Gruppe der Koalition den Einfluß derjenigen geschwächt, die sie von jeder Nachwirkung des Krieges freizuhalten streben.

In den Fragen der Auslandspolitik nehmen die Unabhängigen im allgemeinen einen freieren Standpunkt ein als die Mehrheitsler und würden ihnen überlegen sein, wenn sie nicht dazu neigten, ihr politisches Urteil durch den unkritischen Gebrauch von abstrakten Begriffen wie „kapitalistisch“, „imperialistisch“ usw., zu trüben. (Wir sehen in der Auslandspolitik der Unabhängigen auch noch andere Schäden! Red. d. „Vorw.“) Die Stärke der Mehrheitsler liegt in ihrem Sinn und Geschick für den aufstrebenden Sozialismus. Die besten und erfahrensten Gewerkschaftsführer und Arbeiter auf den Gebieten der Arbeitsgesetzgebung und anderer Zweige des angewandten Sozialismus füllen ihre Reihen. Sie sind es gewesen, die in den Debatten über den Gesetzentwurf für die Schaffung von Betriebsräten den eigentlichen Kampf geführt und durch ihre unermüdete und energische Arbeit im Haus und in den Kommissionen die Verwirklichung eines Arbeitsgesetzes durchgesetzt haben, das den Angestellten und Arbeitern in

Fabrik und Werkstatt, in Bureau und Lager statutorische Rechte gibt, die sie noch in keinem anderen Lande genießen — Sowjetrußland nicht ausgenommen.“

Der Artikel schildert den Kampf der Unabhängigen und Kommunisten gegen das Betriebsrätegesetz, die von jenen veranstaltete Demonstration gegen das Gesetz vom 13. Januar dieses Jahres vor den Toren der Nationalversammlung, den Versuch von Teilen der Demonstrationen, in diese mit Gewalt einzudringen, die dadurch herbeigeführte Schänderei mit ihren Blutopfern und anschließend daran die Verkündung des Ausnahmezustandes und die Verbote revolutionär-oppositioneller Zeitungen — alles Dinge, die den Lesern des „Vorwärts“ noch im Gedächtnis sind. Er verweigert nicht, daß allerhand Mißgriffe vorgekommen sind, und erkennt an, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes eine arge Maßnahme ist. Er fordert jedoch auf, nicht zu vergessen, daß die Deutsche Republik selbst sich in dem furchtbaren Ausnahmezustand befindet und daß ihre ungeheuren Schwierigkeiten von den in den Doktrinen des Bolschewismus besorgenen Elementen noch durch Agitationen für Streiks in den für den gesunden Gang der Volkswirtschaft notwendigen Industrien zu steigern gesucht werden, weil diese vorwiegend jungen Leute sich der Wahnvorstellung hingeben, dadurch die neue Revolution mit der wunderwirkenden Diktatur des Proletariats herbeizuführen. Er stellt fest, daß trotz zeitweilig ernsthafter Bedrohung von Lebensnerven der Republik die Zahl der Verhaftungen nur eine verhältnismäßig geringe war und die nun sämtlich aufgehobenen Zeitungsverbote größtenteils schon nach kurzer Zeit rückgängig gemacht wurden, und schließt mit den Worten:

„Alles in allem kann man mit gutem Gewissen sagen und jeder billig Urteilende wird, wenn er die Tatsachen umdeutend prüft, darin einstimmen, daß die Regierung der Republik unter zehnfach stärkerem Druck der Umstände gehandelt hat, als für die russischen Bolschewisten bei der Unterdrückung der ganzen nichtbolschewistischen Presse ihres Landes vorlag, und hundertmal mehr Geduld und Mäßigkeit vor der Freiheit der Rede und der Presse an den Tag gelegt hat. Nicht wenige Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie beurteilen selbst sehr entschieden die von den Einberufern der verhängnisvollen Demonstration vom 13. Januar bei der Leitung dieser die begangenen Fehler. Der bedauernde Zwischenfall wird diejenigen, die die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien anstreben, nicht veranlassen, mutlos von ihrer Arbeit Abstand zu nehmen.“

Das war am 22. Februar geschrieben. Der Rapp-Platzwisch-Putsch hat für die letztgenannte Arbeit eine neue und günstigere Lage geschaffen. Indes sind wir noch nicht am Ziel. Wohl aber sind wir an einem Punkt angelangt, der zu einer Station auf dem Wege zum Ziel ausgetastet werden kann. Ueber das Wie ein andermal. Für heute nur eine Bemerkung, die uns zum seligen Karl Jentsch zurückführt. Die schlechteste Lösung wäre, wie das die Redaktion des „Vorwärts“ jüngst bei Besprechung des Beschlusses der Sozialisten Geras ganz zutreffend bemerkt hat, eine Vereinigung, bei der die eine Richtung ihr Wesen völlig preisgibt. Keine ist ohne Mängel, keine verkörpert die letzte Wahrheit in sich, aber keine ist ohne ihre starken Seiten. Wenn ich vor Bernunft, Logik und Wissenschaft, die Lassaile mit Recht als die maßgebenden Richter im Streit um die Politik bezeichnet, beweisen zu können fest überzeugt bin, daß das Blut an richtiger Stellungnahme heute auf der Seite der Mehrheitssozialisten ist, so verneine ich darum nicht, daß auch für sie der Satz ein Stück Wahrheit birgt, den Karl Jentsch mit Bezug auf die katholische Kirche niedergelegt hat, nämlich, daß diese „nach gänzlicher Austreibung des Widerprüchswortes nicht am Leben bleiben könnte, sondern zur Mumie verdorren müßte, wenn dieser Geist nicht fortführe, sie von außen, vom protestantischen Lager aus zur Handhabung der Waffen des Geistes zu zwingen“.

als königlicher Kapellmeister für immer kompromittiert war. Sein Aufsatz „Die Revolution“ vom 8. April ist ein einziger dichterischer Symphonie aus die neue Welt: „Ja, wir erkennen es, die alte Welt, sie geht in Trümmer, eine neue wird aus ihr entstehen, denn die erhabene Göttin Revolution, sie kommt dahergebraut auf den Flügeln der Stürme, das hehre Haupt von Blüten umstrahlt, sie kommt dahergebraut, die ewig verjüngende Mutter der Menschheit: vernichtend und befehlend fährt sie dahin über die Erde...“

„Der Widerspenstigen Zähmung“. Die Charlottenburger Oper hat diesem ewigen Stiefkind der Bühne wieder einen Platz geschaffen. Sie sollte es nur noch in gutem Deutsch „Zähmung der Widerspenstigen“ nennen, dem leicht ermüdenden Schlußakt eine Tempo-Verkleinerung geben, im übrigen aber die launige Duffonerie dieses Premierenabends mit allen Tolleiten, Beschränkungen und Weichheiten romantischer Humore beibehalten, — dann ist diese launische Oper mit ihrer sanften Kritik der Schamlosigkeit ihrer Väter, der formstilleren Handhabung der Ensembles und der schelmischen wie grotesken Ausnutzung des gallig-lebendwichtigen Textes eine wirkliche Labial für Kumbige. Und erst recht für alle die, denen endlich einmal die Operetten-sucht durch ein Stück guter, zeitlos-tüchtiger, harmonischer Opern-Musik ausgezrieben werden soll. Das Ensemble des Courtmannschen Hauses führte sich ordentlich freizügig und kühn hinein in viele leicht schwingende Ton-Bogen. Voller Kraft und Reife. Würde, auch im Bolzern klar klingend. A. vom Scheid als Mädchenbändiger; Gertha Stolzenberg, die Genie rührend in der Liebes-Arie wie sie im Reigen der Widerspenstigkeit die Annut des Singtons nicht verlor. Reisend im Spiel, schädiert im Singen die liebliche Editha Fleischer. Den Buffo Kandi in keiner ältlichen Bürgerlichkeit, die Liebhaber Gontner und Heger nicht zu vergessen. Die Chöre der Hochzeitskäfte und der Bedienten straff und geschlossen. Moritz bleibt alles beisammen. Und wenn nicht alles täuschl, ist hier eine staubfreie Oper der Musikgeschichte und der Literatur wieder einmal für lange ent-rissen.

Zur Reform des Zeichenunterrichts. Die akademisch gebildeten Zeichenlehrer beanspruchen verlangen Gleichstellung mit den wissenschaftlichen Lehrern und haben sich demgegenüber mit einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus gewandt, in der sie zugleich eine weitgehende Verwissenschaftlichung des Zeichenunterrichts fordern. Gegen diese Absichten wendet sich der Direktor der Preussischen Kunstakademie, Prof. August Endell, in einem Aufsatz der „Kunstchronik“, in dem er einen eigenen Plan für die Ausbildung des Zeichenlehrers entwirft. „Kunst verlangt empfindende Anschauung“, sagt Endell. „Zuerst gilt es Anschauung überhaupt zu gewinnen. Das ist in unserem Bavier gewordenen Peitscher besonders nötig. Dazu ist handwerkliche Arbeit die allerbeste Vorstufe für jeden Künstler. Darum sollte auch der zukünftige Zeichenlehrer zunächst in eine Handwerkslehre: Tischler, Schlosser, Waffenschmied, Schmied, ganz gleich, was. Er soll nicht Handwerker werden, aber er soll den inneren Zusammenhang eines Handwerks kennen lernen, wo von früh bis spät geübt wird, aber in lauter

## Politik in der Reichswehr.

### Ungehörte Offizierspropaganda.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die auf die Art und Weise, in der gewisse Offiziere den Kampf gegen die verfassungsmäßig beschlossenen oder zu beschließenden Gesetze führen, trefflich beleuchtet wird. Das Schreiben ist wieder ein Beweis für die geradezu ungläubliche Unverschämtheit und das herausfordernde Benehmen gewisser Offiziere, die noch immer glauben, die Mannschaften durch das alte Verdummungssystem in Schach halten zu können, und denen man endlich klar machen sollte, daß der November 1918 gründlich mit diesem System aufgeräumt hat. Die Zuschrift lautet:

„Vor einigen Tagen wurde den Vertrauensmännern meiner Kompanie durch unseren Kompanieführer, Lt. Ernestie, ein Protestschreiben gegen die Abschaffung der Militärgerichte, das angeblich von den Vertrauensmännern der Brigade ausging, zur Unterschrift vorgelegt. Die Belehrung, die den Mannschaften durch den Leutnant zuteil wurde, war eine höchst eigenartige. Zunächst wies er auf das Rundschreiben hin und sagte etwa folgendes hinzu:

„Wenn die Militärgerichte abgeschafft werden, so seid Ihr als Soldaten gezwungen, Euch von einem jüdischen Rechtsanwalt aburteilen zu lassen, und wenn Ihr mal klagen wollt, so müßt Ihr noch die Kosten selbst bezahlen. Also das Gesetz ist Euch nur zum Schaden. Wollt Ihr hier nun unterschreiben, oder was meint Ihr dazu?“

Die Vertrauensleute, die das Gesetz selbst gar nicht kannten und den Inhalt des Schreibens überhaupt nicht gelesen hatten, unterschrieben natürlich ohne weiteres den ihnen vorgelegten Protest gegen die Abschaffung der Militärgerichte. Als ich sie dann über die Gesetzesvorlage belehrte, waren sie gegenteiliger Meinung.“

Das Schreiben ist durch eine beigelegte Erklärung beglaubigt. Es besteht Grund zur Annahme, daß dieses Räuber bei allen Truppenteilen in ähnlicher Weise gehandhabt wird. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn eines Tages im Parlament irgend ein reaktionärer Abgeordneter unter Hinweis auf die zahllosen Unterschriften erklärt, die gesamte Reichswehr habe sich für Beibehaltung der Militärgerichte ausgesprochen. Der gibt den Offizieren das Recht, einseitig auf die Mannschaften einzuwirken? Angelegentlich ist es ja der Wille der maßgebenden Stellen, die Politik aus der Reichswehr zu entfernen. Wenn aber doch Politik getrieben werden soll — und anders dürfte man wohl das Verhalten dieses Offiziers nicht bezeichnen können — so soll man den Mannschaften die Möglichkeit geben, durch Anhören eines Referenten und eines Korreferenten sich eine eigene Meinung zu bilden.

## Gegen Davidsohn, Baumeister und Kriebeling

Der Vorstand der Groß-Berliner Parteiorganisation hat sich am Sonnabend mit der Rolle beschäftigt, die die Parteimitglieder Davidsohn und Baumeister in dem soeben stattgefundenen Prozeß Modin-Scheidemann gespielt haben. Die zuständigen Kreisorganisationen Berlin-Stadt und Kiebitz wurden beauftragt, zu prüfen, ob das Ausschlußverfahren gegen die Genannten eingeleitet ist und eventl. entsprechende Anträge zu stellen.

Das gleiche Verfahren wurde gegen das Parteimitglied Kriebeling beschlossen, der für den Austritt aus der S. P. D. und für den Beitritt zu anderen Parteien agitiert, und dem ferner eine sehr dunkle Vergangenheit zum Vorwurf gemacht wird, die ihn zum Parteimitglied ungeeignet machen würde.

Das württembergische Landtagswahlgesetz. Der württembergische Landtagswahlgesetzentwurf stellt die Wahl von 101 Abgeordneten vor. Die Verrechnung der Reststimmen ist berart geplant, daß ein Teil der auf sie entfallenden Abgeordneten auf eine Landesliste übernommen, der andere Teil aber auf die Kreise verteilt werden soll, die die höchsten Zahlen von Reststimmen aufweisen.

Anschauung, nie in Worten. Das ist eine ganz neue Welt für ihn, die allen Schulhand fortspült. Vor der soll er Ehrfurcht bekommen, die er später seinen Schülern weitergeben kann, die sonst in Anbetung des Begrifflichen, der schönen alten Worte verberben.“ Mit 17 Jahren soll dann der zukünftige Zeichenlehrer zu praktischer Arbeit an irgendeiner größeren Schule kommen, wo er als Gehilfe des Zeichenlehrers die Kinder beaufsichtigt und unterrichtet.

Die Jugend soll keinen Handfertigkeitsunterricht erhalten. „Auf geschickte Hand, die dem Rinde doch nicht erreichbar ist, kommt es gar nicht an, sondern auf das anschauliche Denken, zu dem alles Können zwingt. Darum soll jede Schule — zumal die Unterstufen — eine Handwerksstube haben, wo die Jungen in der freien Zeit auf Papier und Pappe sich Burgen bauen, sich ein Schränkchen bauen, aus Konferenzenbüchsen eine Kompasmachine zusammenstopfen. Alles ohne Anleitung und Vorleser. Die Herstellung eines runden Turms mit spitzem Kegeldach selber finden, eine Fahrstuhlverhängerung zusammenbringen, lehrte. Romananschauung ganz unmittelbar, mag die Ausführung noch so ungeschickl sein. In einer Maschine, die nie geht, gewinnt der Junge selber die Grundvorstellungen von Geometrie, Physik und Technik, als irgend ein Lehrer sie ihm beibringen kann. Der Handwerkslehrer soll nur Unfug und Unglück verhüten, technische Hilfe geben, Meilen, Leimen, Löten lehren, den Gebrauch und die Pflege des Werkzeugs zeigen.“ Daß der junge Werkstättenlehrer zu ein paar Jahre angebracht, dann erst soll er auf Grund der unterbesetzten erworbenen Erfahrungen sich den Eintritt in die Kunstakademie erkaufen, denn nur dort, nicht an besondern Zeichenlehrerseminaren, sollte seine Ausbildung erfolgen. An der Akademie soll er lernen wie jeder andere Künstler und dort bis vier Jahre arbeiten. Dann macht er die Zeichenlehrerprüfung. Mit 25 Jahren sollte dann die Anstellung erfolgen.

Mathilde Mellinger, einst ein Stern der Berliner Oper, ist in Berlin im 74. Lebensjahre gestorben. Die Sängerin, gebürtig aus Prag, war von 1869 bis 1882 die Primadonna der Hofoper. Ihre wundervolle, kläglich geklaute Stimme bewährte sich besonders in der Verherrlichung Wagnerischer Frauengestalten. In dem Konflikt mit der bekannten Sängerin Lucia blieb sie Siegerin. Seit ihrem Abschied von der Bühne wirkte sie als hervorragende Gesangslehrerin.

Vorräte. Renere Untersuchungen über die Bildung und Einteilung der Achse behandelt Prof. Polonsky am Mittwoch 7½ Uhr in der Treptow-Sternwarte.

Engelbert Humperdinck gibt sein Lehramt an der Berliner Hochschule für Musik auf.

Die holländischen Museen sind vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres täglich von 10 bis 3 Uhr geöffnet. Das Alt-, das Neue, das Kaiser-Friedrich-, das Kunstgewerbe-Museum und die Sammlung für Deutsche Volkskunde sind der Meinung wegen Kontos, das Völkermuseum Diensttag geschlossen. Eine allgemeine Neuverteilung der Öffnungszeiten der Museen steht bevor.

Es ist dringend zu wünschen, daß sowohl Wochen- wie Sonntagabend die Museen länger geöffnet bleiben, damit das arbeitende Volk Gelegenheit zum Besuch hat.

## Richard Wagner als Revolutionär.

Wenn wir heute im revolutionären Kampf der Meinungen die Rührer vielfach auf der äußersten Linken finden, so ist dies eine Erscheinung, die stets in politischen Sturmzeiten hervortritt. Ein recht gutes Beispiel für die typische Revolutionsstimmung der Rührer bietet Richard Wagner im Jahre 1848. Aus einer tiefen Verbitterung über die Widerstände gegen seine Kunst heraus wird er Revolutionär, und einen Erfolg für seine nicht verstandenen Werke erhofft er nur aus einer völligen Umwälzung der Verhältnisse, aus einer Revolution. So schloß er sich denn der zur Republik strebenden demokratischen Fortschrittspartei an, in der sein intimer Freund August Rödel eine wichtige Rolle spielte, und den stärksten Eindruck machte auf ihn die Verkündung des Russen Dekretes.

In einem anonymen Aufsatz des „Dresdner Anzeigers“ vom 14. Juni 1848 stellte Werner sein politisches Programm auf, und seine Forderungen erinnern bereits in vielem an das, was die heutige Revolution auf ihre Fahne geschrieben hat. Zunächst will der Meister im Reich der Töne die herrschende Klasse völlig beseitigen. „Das Ziel steht ins Auge gefaßt“, sagt er, „wollen wir zunächst den Untergang auch des letzten Schimmers von Aristokratismus.“ Sodann verlangt er die Zuerststellung des unbedingten Stimm- und Wahlrechts an jeden volljährigen Menschen, nimmt also auch das Frauenwahlrecht schon vorweg. „Je ärmer, je hilfbedürftiger er ist desto natürlicher ist sein Anspruch auf Beteiligung an der Abfassung der Gesetze, die ihn fortan gegen Armut und Dürftigkeit schützen sollen.“ Der dritte Punkt in seinem Programm ist die Gründung einer allgemeinen großen Volkswacht: Wenn aber alle bisher reichlich und reichlich geschiedenen Stände in den einen großen Stand des freien Volkes verzerrt sind, dann muß die Revolution erst eigentlich anfangen. Dann gilt es, die Front nach dem Grunde alles Elends in unserem jetzigen gesellschaftlichen Zustande fest und taftkräftig in das Auge zu fassen.“ Der große Verklärungskampf der leidenden Menschheit wird ohne einen Tropfen Blut, ja ohne eine Träne und ohne eine Entbehrung vor sich gehen, allein aus der Liebeszeugung heraus, daß es das höchste Glück, das vollendetste Wohlergehen aller herbeiführen muß, wenn sozial tätige Menschen, als nur irgend der Erdboden ernähren kann, auf ihm sich vereinigen, um in wohlgegliederten Vereinen im Austausch ihrer Tätigkeit sich gegenseitig zu bereichern und zu bezaubern.“ Wie ein böser nächster Abend wird der dämonische Zugriff des Geldes von uns weiden mit all seinem abscheulichen Gefolge von öffentlichem und heimlichem Wucher, Papiergoumerien, Zinsen und Bankierspekulationen.“

Werbliche Panfarentrufe ließ der Komponist in den Volksmännern keines Freundes Rödel erscheinen, und auch in verschiedenen Gedichten, die bald an die Wiener, bald an einen Staatsanwalt gerichtet waren, sucht er die Bewegung neu zu entflammen. Wie weit er sich tatsächlich an den eigentlichen Dresdner revolutionären Vorgängen beteiligt hat, ist nicht einwandfrei festgestellt. Seine Klugheit nach der Schweiz war aber schon durch sein begeistertes Eintreten für den revolutionären Gedanken berechtigt, durch den er



# Das Netz der Verschwörung.

Wir fahren in unserer Veröffentlichung des Briefwechsels der Verschwörer fort:

14. 1. 20.

L. B. (bedeutet: Lieber Berthold! Red.) Ich verstehe Ihre Gründe vollständig, da der Augenblick nach Ansicht der Führer aber noch nicht sicher zu übersehen ist, so müssen Sie sich schon fügen und zunächst nach P. gehen. Bei der gestrigen Besprechung ist von mir die Frage nochmals angeschnitten worden. Nicht die Sache militärisch organisiert und tun die Offiziere durch Aufklärung, Vorträge, Jugendwehr, Sport auch unter der Bevölkerung ihre Pflicht, so können Sie die alte treue Provinzbevölkerung wieder auf den rechten Weg bringen und zugleich die Truppe vaterländisch erhalten. Es geht sicher einen Kampf der Geister, in dem wir siegen müssen. Andererseits muß gehorcht werden, auch wenn man anderer Ansicht ist.

Kommt die Sache von wo anders her, so soll das ein guter Anstoß sein. Aber das Volk und auch die besseren Kreise scheinen noch nicht überall reif zu sein.

L. B. soll nur seine Adresse, auch möglichst Telephonadresse, herjagen.

Besten Gruß G.

Beamerf: Briefschreiber ist der General Graf v. d. Goltz.

(Ohne Datum.)

L. B. 1 Die Lage wird zurzeit ganz durch die Auslieferungfrage beherrscht. Solange die Regierung in ihr die Würde bewahrt, würde ein Staatsstreik keinen Resonanzboden im Volke und in der Reichswehr finden. Da aber dies auf die Dauer nicht anzunehmen, so ist dann der Augenblick zum Handeln gekommen. Solange man gewartet und das Eisen dafür geschliffen werden. — Man ist in maßgebenden Interessentenkreisen der Ansicht, daß ein verfrühtes Zuschlagen von Mittelbach zum Rückschlag führen muß. Ich habe gewarnt, doch will man mit Rücksicht auf Grund 1 wegen Grund 2 Mittelbach nicht zuzurufen. Im übrigen ist die Lage sehr günstig, muß ausgenutzt werden, aber ein Tag zu früh könnte alles verderben. In der Reichswehr ist alles auf Grund 1 eingestellt. Also ganz einverstanden, aber kein Mantelstreik. Sein Mißerfolg als reiner militärischer Reunionsstreik, ohne Mitwirkung der maßgebenden Politiker, gibt zu denken und wäre für uns in Anbetracht der Ereignisse katastrophal. Aber auch alle Politiker sind auf Grund 1 eingestellt. Mißtrauen dagegen ist unangebracht. Auflösung muß verhindert werden. Denn auch ich hatte auf den geeigneten Augenblick, der m. E. nicht fern ist. Ich arbeite gleichzeitig an einer Volksbewegung. Ihren Brief werde ich morgen an geeigneter Stelle L. zur Sprache bringen. Ich bitte Sie, in Bayern auf unbedingte Einheitsfront hinzuwirken.

Besten Gruß allen Kameraden!

Ihr G.

Bitte mich weiter auf dem laufenden zu halten.

Beamerf: Briefschreiber ist General Graf v. d. Goltz.

München, den 8. 1. 1920.

Hochzuverachtender Herr Hauptmann! (Berthold! Red.)

Ich habe den Brief von Herrn Hauptmann bei meiner Ankunft hier vorgelesen. Ich habe daraufhin folgendes beantragt: Ohne Namen zu nennen, habe ich den Ord.-Off. und den Führer der Nachr.-Komp., die ich beide als vollkommen zuverlässig und verschwiegen kenne, eingeweiht. Heute habe ich nun den Kommandeur des 1. Bataillon, der bisher auf Urlaub war, aufgesucht und auch mit ihm darüber gesprochen. Er hat mir bestätigt, was ich wähnen konnte, nämlich, daß wir im allgemeinen auf das Bataillon zählen können. Vorarbeit und Beeinflussung der Leute in unserem Sinne sollen stattfinden und haben in gewisser Beziehung bereits stattgefunden. Die Offiziere sind unbedingt zuverlässig. Das Unteroffizierskorps wird für diesen Zweck nochmals peinlichst gesäubert werden. Im übrigen wird den Leuten vorläufig nichts

gesagt, sondern sie werden im Augenblick des Handelns vor die Alternative gestellt. — Der Major ist für die ganze Sache Feuer und Flamme, hat aber selbstverständlich einige Bedenken, die aber m. E. unbegründet sind, da die ganze Angelegenheit viel zu einfach und nicht umständlich sein sollte. Er meint also, daß das Unternehmen so vorbereitet sein muß — bis ins Kleinste —, daß sein Gelingen unbedingt gewährleistet ist. Er sagte, daß die Gewährung hierfür eigentlich nur ein Mann geben könnte, dessen Namen ich nicht nennen will. Ich stimmte ihm darin bei, ohne mich weiter zu äußern, sagte aber, daß derartige Vorbereitungen doch selbstverständlich seien. Ferner hält er den augenblicklichen Zeitpunkt nicht für günstig zum Handeln, weil 1. der Friede noch nicht ratifiziert ist, und die Entente uns daher mit ziemlicher Gewißheit große Schwierigkeiten bereiten wird, zweitens aber, weil wir vor beträchtlichen Nahrungsmittelshortages stehen, deren Folgen zu unserem Nutzen die neue Regierung noch tragen könnte. Ich sagte ihm darauf, daß dies alles bedacht sei, daß aber gewisse Umstände eingetreten sind, die ein beschleunigtes Handeln verlangen. Der Major hat mich aber trotzdem, Herrn Hauptmann dies mitzuteilen und erst um kurze Rufführung zu bitten. — Ich glaube, im Sinne Herrn Hauptmanns gehandelt zu haben. Weitere Forderungen werden aufgestellt, zunächst auf das 2. Bataillon, wo ich 2 Komp. für sicher halte, dann weiter. — Den Brief lasse ich Herrn Hauptmann durch meinen Bruder oder Vater zustellen, die von der ganzen Sache nichts wissen, nur daß sie gegen jedermann den Mund zu halten haben. Ich bitte Herrn Hauptmann, mir auf demselben Wege zu antworten.

Indem ich Herrn Hauptmann für das Neue Jahr alles Gute wünsche, bin ich mit vielen Grüßen

Herrn Hauptmanns ganz gehorsamster

Robert Pape.

## Die Ritter von der Marienburg.

(Zeichnung der Marienburg.)

Marienburg.

Zeitschrift für kritische Betrachtungen der Vergangenheit und Gegenwart.

Verlag: Oberleutnant a. D. Ruhn und Leutnant d. R. Schüll. Würzburg, Sartoriusstr. 4. — Schriftleitung: Oberleutnant a. D. Ruhn, Dozent für Kriegsgeschichte, Würzburg.

Würzburg, 12. 2. 20.

Herrn Hauptmann Berthold, Hochwohlgeboren

Trostberg.

Ich bitte hierdurch höflichst, auf jedwede Unterstützung meinerseits als Bezahler und red. Mitarbeiter der Marienburg und Offizier rechnen zu wollen und unterziehe mich gerne heute schon einer Aufgabe.

Mit treudeutschem Gruß

Stz. Schüll, Lt. d. R.

im ehem. Lanenburgerischen Jäger-Bat. 9 in Regensburg, zuletzt Regt.-Adj. im bayr. Kontingent.

Verein der nichtaktiven Offiziere Deutschlands, G. B.

(Zentrale Würzburg.)

Würzburg, 10. 2. 20.

Sartoriusstr. 4.

Herrn Hauptmann Berthold, Hochwohlgeboren.

Ich glaube versichern zu dürfen, daß die Mitglieder des Vereins — die bayrischen bestimmt — hinter Herrn Hauptmann stehen. Wo es immer angängig ist, wölgen Herr Hauptmann ein Teilchen der Riefelkacke, die ich zu begreifen glaube, auf unsere Säulern hier in Würzburg ab! Wir sind zu tragen bereit. Ich denke an die Pratorianer!

Verein der nichtaktiven Offiziere Deutschlands G. B.

(Zentrale Würzburg.)

A. Schulz (oder Schüll), Lt. d. R., Vorsitzender.

## Der „Vorwärts“ als Hüter des Eides.

Antwort an die „Post“.

Wir haben jüngst an dieser Stelle mit einem ungenannten Reichswehrhauptmann abgerechnet, der die Stirn hat, auch heute noch in der „Post“ den Eidbruch der Offiziere zu verteidigen. Die „Post“ schreibt jetzt dazu:

Daß der Hauptmann seinen Namen nicht nennt, liegt nicht an ihm, sondern an uns. Wir wünschen einen so entscheidenden und tapferen Verteidiger seiner Auffassung der Eidespflicht des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ nicht preiszugeben. Im übrigen nennt ja auch der Herr, der da im „Vorwärts“ seine Befehle ausführt, seinen Namen nicht.

Der Name tut auch hier gar nichts zur Sache. Die Hauptsache ist, daß wir noch solche Männer in der Reichswehr haben. Wäre es nicht der Fall, dann wäre es Mauthausen am letzten.

Dazu möchten wir bemerken: Wenn der Verfasser des in jedem Wort berechtigten Angriffs auf den anonymen Mitarbeiter der „Post“ seinen Namen nicht nennt, so liegt das auch nicht an ihm, sondern an uns. Wir würden diesem Genossen nicht gestatten, sich in irgendeiner Art von „Ehrenaffäre“ mit dem „Post“-Hauptmann einzulassen. Wir wollen der „Post“ nur soviel verraten, daß der Verfasser ein Mann ist, der bis zu seiner schweren Verwundung, die ihn kriegsuntauglich machte, aus freiem Willen seine Pflicht im Felde erfüllt hat.

Ein solcher Mann kann in keiner Weise in Parallele gestellt werden zu einem Offizier, der auf dem Standpunkt des Obersten v. Ledebour steht, man müsse bereit sein, jeden Eid, den man zwischen 7 und 8 geschworen hat, zwischen 8 und 9 zu brechen. Ein solcher Offizier, der sein freiwillig gegebenes Mannes- und Soldatenwort bricht, ist und bleibt ein ehrloser Gefelle und der schlimmste Feind seines Standes. Daß sich die „Post“ freut, solche Männer in der Reichswehr und unter ihren Mitarbeitern zu haben, ist kennzeichnend für den demagogischen Ehrbegriff.

Redaktion des „Vorwärts“.

Folgen des Rapperverbrechens. Infolge des Rapp-Bußschicks haben bei der Goltzabstimmung in der zweiten Zone Schleswig-Holsteins etwa 1500 Flensburger Arbeiter für Dänemark gestimmt.

Gültigkeit der Wuchergerichte. Das Ränder Oberlandesgericht hat zur Frage der Rechtsmäßigkeit der Wuchergerichte in einer Entscheidung dahin Stellung genommen, daß die Wuchergerichte auf Grund der Reichsgesetzgebung bestehen und deshalb eine gesetzlich zulässige Einrichtung seien.

überhaupt alle derartigen Gärten, vor allem auch den des Prinz-Albrecht-Palais, der allgemeinen Benutzung freigegeben werden. Das muß schleunigst, unter Umgehung sämtlicher erinnerungsduldfähigen Geheimräte, von höherer Stelle angeordnet werden.

Lieber Berliner! Du bist unglücklicherweise ein wirklicher Freund der Natur, bleibst nicht im nächsten „Gartenrestaurant“ am Bahnhof sitzen, meißt die vielen Teierläden und „Schlösschen“ am Müggelsee, die vielgegangenen Wege von Postartenstand zu Schloßlabende, schließt also einen eigenen Weg ohne „Eisbarste“ ein und — verdirbst Dir Deine Sonntagsstimmung, denn kaum bist Du vom vorgezeichneten Wege ab, da hält Dich ein Stachel-Drachstein fest und ein Schild mahnt drohend: „Privates Eigentum! Betreten verboten“. Versuche z. B. einmal hinter dem Dorfe Müggelsee rechts an das schönste Bäumchen der Park an die „Grotte Kramp“ heranzukommen. Hunderte Meter derselbe Jann, das gleiche Schild. Fluchend wanderst Du weiter! Zur Abwechslung einmal „Schönung“, die Du trotz Deiner bescheidenen botanischen Kenntnisse nicht als solche anerkennen kannst. Die Pfähle standen vor dem Kriege nicht. Aber ihre Aussehen zeigt Dir, daß sie im Kriege errichtet wurden. Während Du jahrelang da draußen in Dreck und Schlamm stehst, hat Dir Deine vaterländische Heimat, die so oft von der „Erdölung der Front“ faltet, die freie Natur abgezogen. Dir die schönsten Stellen geraubt, an denen Du all jene Last verzeihen, Dein Leiden mildern hättest können. Keine Seele kannst Du in jenen zehntausenden Quadratratern entdecken, keine Planierung ist sichtbar, kein Mauerstein gelegert. Eingezäunt! Totes Volksgut. Wem gehört dieses „Privateigentum“? Welchem Zweck soll es zugeführt werden? Ist es dem Parlamentarismus nicht möglich, Gesetze zu schaffen, die diesen „Kriegsgewinn“ dem Volke, dem naturdurstigen, langsam genesenen Kriegsteilnehmer wieder gibt?

## Großfeuer in einem Nachholer.

Ein Großfeuer, bei dem die Mannschaften des 3. Bataillons und zahlreiches Dienstpersonal in großer Lebensgefahr schwebten, kam heute früh aus unbekannter Ursache in dem Vergnügungshotel Berlin-Wien N.W. in der Jägerstraße aus. Als der 3. Bataillon an der Brandstelle ankam, stand das erste und zweite Geschöß mit dem Dachstuhl bereits in Flammen. Die Treppen mit allen Aus- und Eingängen waren nicht mehr zu passieren. Dieser Qualm und unerträgliche Hitze erschweren den Angriff. Das in den oberen Räumen schlafende zahlreiche Personal rief nach Hilfe. Es gelang, zwei Hausmädchen in Sicherheit zu bringen und alles übrige Personal zu schützen. Während der Löscharbeiten kürzte das Dach des Saales unter dem Druck von mehr als 100 Zentner Eisen, des Kronleuchters, einer viele Zentner schweren Karbidlampe usw. sowie einer großen eisernen Wunde zusammen. Die beiden Stiege wurden in der Mitte über einen Meter eingedrückt, so daß noch weiterer Einsturzgefahr für das im Erdgeschöß befindliche Personal und das angrenzende Rathaus besteht.

## Er weiß sich zu helfen.

Die Hauswirte klagen über die gestiegenen Kosten der Wasser- und Stromrechnung und schimpfen auf die mehr Lohnfordernden Arbeiter. Der Eigentümer des Grundstückes Mariekeplatz 3 hat das nicht nötig, denn ihm sind schon seit langem aus der Müllabfuhr keine nennenswerten Kosten entstanden. Weil auf dem Hof der Erdboden einer ehemaligen Rasenfläche sich gesenkt hat, braucht er seit etwa einem Jahr die Erde samt der Schicht aus der Zentralschichtanlage zur Auffüllung, so daß er die Abfuhr spart. Ganze Berge von diesem „Müllmaterial“, die weder zur Verschönerung beitragen noch der Gesundheit zuträglich sind, lagern auf dem Hof. Und weil es auf ein höheres mehr oder weniger Unrat nicht ankommt, schüttete man auch die Wirtschaftsabfälle aus den Küchen da. Lange vor dem Müllaufräumstreik unterließ hier die Abfuhr. Pflanzmal wurden die Gassen umgegraben und mit Erde bedeckt, aber das half nicht viel. Seit einigen Wochen sind die Wirtschaftsabfälle auf dem Hof des demselben Eigentümer gehörenden Nachbargrundstückes Mariekeplatz 3 verladen. Schon im vorigen Sommer hatten diese Zustände zu einer argen Fliegenplage geführt, die namentlich für Kranke unerträglich wurde. Eine Wiederholung muß in diesem Jahr verhindert werden, ehe die wärmeren Monate kommen. Die Polizei ist längt von den Dingen unterrichtet worden und ein von ihr entsandener beamteter Arzt hat sich die Schweizer Landdrost auf dem Hof angesehen. Auf durchgreifende Abhilfe wird noch gewartet.

Die Reichsversicherungsanstalt bleibt in Berlin. Ueber die in letzter Zeit mehrfach erörterte Frage, ob die Reichsversicherungsanstalt für Angehörige, die mit ihrem umfangreichen Dienstbetrieb gegenwärtig in 12 Mietgebäuden in Wilmersdorf untergebracht ist, hier einen Neubau erhalten oder nach Süddeutschland verlegt werden solle, erörtert man jetzt näheres aus dem amtlichen Bericht über die letzte Sitzung des Verwaltungsrats der Anstalt. Der Bau- und Haushaltungsausschuss hatte vorgeschlagen, sofort den Neubau der Anstalt in Nürnberg vorzunehmen. Demgegenüber wurde von anderer Seite auf die ungeheuren Kosten und die Schwierigkeit der Ueberführung hingewiesen; die Rücksicht auf den Dienstbetrieb verlange das Verbleiben in Berlin. Die Wohnungswirtschaftliche der Beamten könnten auch hier durch eine Siedlung genau so wie anderwärts geregelt werden. Nach weiterer Aussprache wurde vom Verwaltungsrat mit 18 gegen 4 Stimmen beschlossen, sofort den Bau eines Verwaltungsgebäudes in Angriff zu nehmen, und mit 13 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Verlegung von Berlin abgelehnt.

Die Unterrichtskurse für Arbeiter (G. B.), Geschäftsstelle Dorstenerstr. 49, beginnen am 6. Mai. Der Unterricht wird von Studenten erteilt und erstreckt sich auf Deutsch, Rechnen, Literatur, Geschichte und Naturlehre. Für Teilnehmer der Groß-Berliner Volkshochschule werden besondere Vorbereitungskurse in Deutsch und Rechnen eingerichtet.

Der Unterricht findet einmal wöchentlich abends von 7,30 bis 10,10 Uhr in folgenden Lokalen statt: Niederwallstr. 12, Gipsstr. 23a und in Leptow, Neue Kranzallee 6; ferner werden Kurse im Rahmen der Lichterberger Volkshochschule veranstaltet. Der Kursus dauert etwa drei Monate und kostet 4. — M. Anmeldungen werden entgegengenommen am Mittwoch, den 24. April, in der Gipsstr. 23a und am Freitag, den 30. April, von 7 bis 10 Uhr abends in der Niederwallstr. 12 (allgemein. Abendveranstaltung). Hier werden auch über die Art des Unterrichts und über die Organisation des Vereins nähere Mitteilungen gemacht.

Staatstheater Renfalk. Die für heute angedachte Vorstellung muß wegen Streik der in der „Neuen Welt“ beschäftigten Angestellten verlegt werden. Der spätere Termin wird baldmöglichst bekanntgegeben werden. Die Karten behalten Gültigkeit.

Verein Arbeiter-Jugend. Jugendsekretariat Wellenstraße 7, III. Abt. Charlottenburg, Quadenheim Restruirte 4, Volkshaus. Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Besuche aller notwendig.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. April:

Wahlverein Stralun. 8 Uhr Vorstandssitzung, Morgen 7, Uhr Generalversammlung. Erscheinung aller dringend notwendig.

Morgen, 21. April:

25. Abt. Fortsetzung der Mitgliederversammlung (Wahl der Abteilungsleitung) 7 Uhr in den Subi-Sälen, Neue Königsstr. 23. Erscheinen aller dringend notwendig.

Überführungsweide. 7 Uhr in den drei Bezirkslokale; Zapfenabend, Vortrag über politische Tagesfragen und Ausprägung.

Frauenabende, morgen 21. April:

30. u. 32. Abt. bei Welfen, Stargarder Str. 3. Gen. Rüdger: Vortrag: „Die mir's Kallert“. — Tempelhof. Realgymnasium, Kaffeehaus-Platz: Gen. Wachenheim. — Versammlung erwerbsfähiger Frauen. 6 Uhr Sophienstraße, Sophienstr. 17/18. Vortrag der Gen. Rüdger, R. d. R.: „Der Kampf der erwerbsfähigen Frau gegen die Reaktion“.



